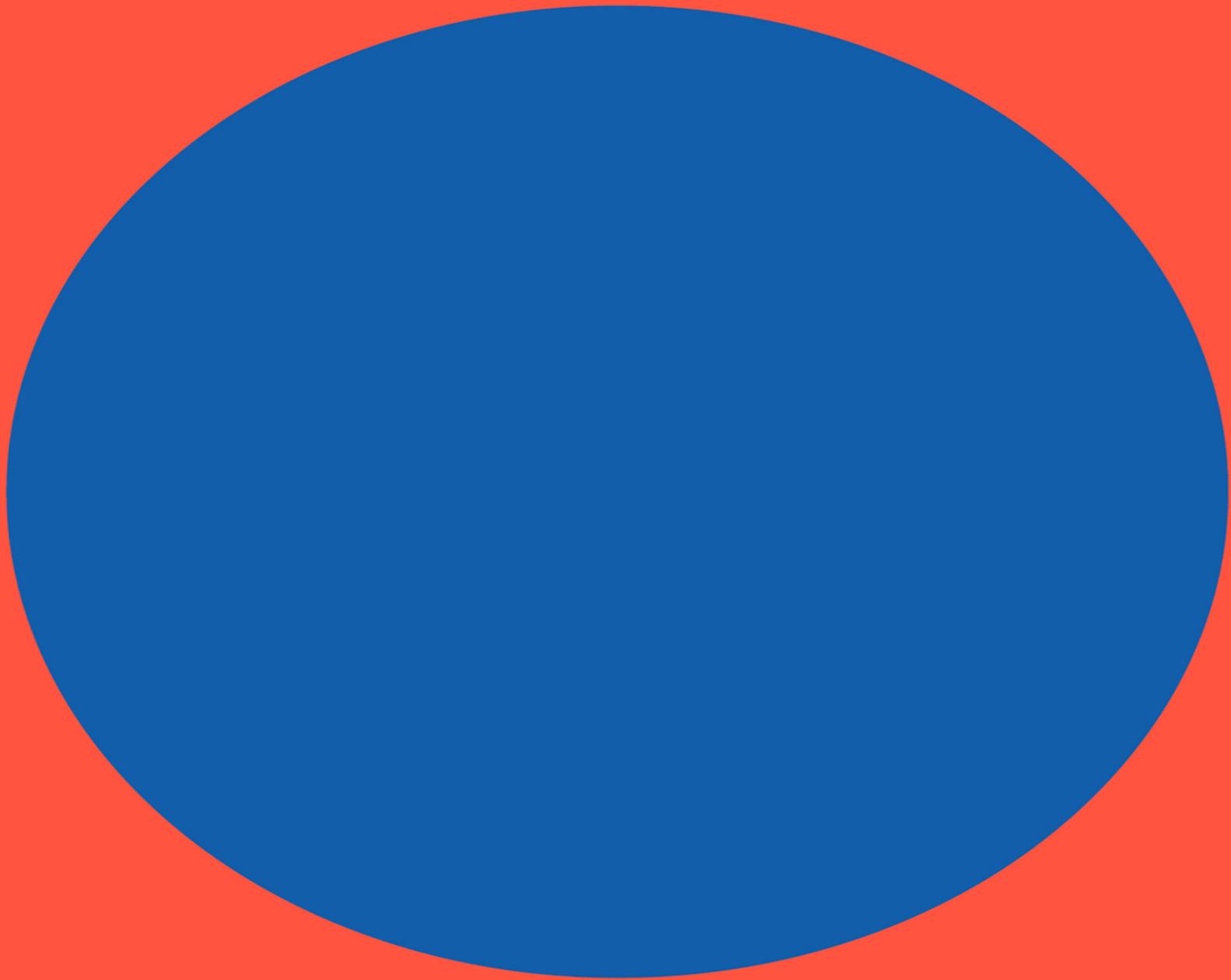


Herfried Münkler



Die Zukunft der Demokratie

Brandstätter 

A
U
F
D
E
M
P
U
N
K
T



Herfried Münkler

Die Zukunft
der Demokratie

Aus der Reihe »Auf dem Punkt«

Herausgegeben von Hannes Androsch

Vorwort des Herausgebers

Vorbemerkung

1 Wie es um die Demokratie bestellt ist

2 Warum und seit wann die Demokratie in die Defensive geraten ist

3 Worin die Gefährdungen und Bedrohungen der Demokratie bestehen

4 Was die Demokratie braucht: Kompetente und engagierte Bürgerinnen und Bürger

Literatur

Endnoten

Der Autor

Impressum

Vorwort des Herausgebers

Unsere Welt befindet sich in tiefgreifendem, rasantem Wandel. Der Umbruch der Gesellschaft mit ihrer zunehmenden Komplexität und der Umbruch politischer Ordnungen führen zu neuer Unübersichtlichkeit, welche wachsende Verunsicherung erzeugt.

Um dies abzuwenden, bedarf es Orientierung und zukunftsfähiger Perspektiven. Angesichts von Halbwahrheiten und Schlagworten in alten und neuen Medien ist es notwendig, Relevantes und Irrelevantes, Sinn und Unsinn zu unterscheiden. Und es wird fundiertes Wissen über die großen Themen der Gegenwart benötigt, um durch die Flut von Daten, Halbwahrheiten und Fake News navigieren zu können und sich zurechtzufinden. Aus diesem Grund nehmen führende Intellektuelle, Expertinnen und Experten in der Reihe **Auf dem Punkt** zu den großen Fragen unserer Zeit Stellung.

Die Menschheitsgeschichte ist geprägt von Unterwerfung, Unterjochung und Verknechtung in autokratischen Systemen. Demokratie hingegen ist eine jüngere Entwicklung, zumal in der Form, in der wir sie heute verstehen. Abraham Lincoln formulierte im Jahr 1863 den Wunsch, »dass die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk nicht von der Erde verschwinden möge«. Diese Regierungsform ist Ausdruck einer Entwicklung, die ihre Wurzeln im Humanismus und in der Aufklärung hat. Sie hat Ausprägung in der amerikanischen Unabhängigkeitsregierung und der französischen

Revolution gefunden. Winston Churchill nannte die Demokratie in einer Rede 1947 »die schlechteste aller Regierungsformen - abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind«.

Demokratien sind fragil und immer wieder gefährdet, sehr leicht sterben sie einen stillen Tod in Dunkelheit. Die Zunahme autokratischer Regime zeigt dies deutlich. Herfried Münkler führt uns hier kenntnisreich durch die Geschichte der Entwicklung der Demokratie, zeigt ihre zunehmende Gefährdung im postfaktualen Zeitalter auf und eröffnet uns den Blick auf das, was zu tun ist, um Freiheit und Rechtsstaatlichkeit unter demokratischen Bedingungen zu gestalten und damit zu erhalten.

Dr. Hannes Androsch

Vorbemerkung

Die Demokratie der Zukunft wird eine andere sein als die Demokratie der Gegenwart. Blicke sie dieselbe, so hätte die Demokratie keine Zukunft. Sie muss vielmehr durch eine Reihe von Veränderungen zukunftsfähig gemacht werden, um Bedrohungen und Herausforderungen gewachsen zu sein, wie sie bereits jetzt erkennbar sind. Es sind Bedrohungen von außen, die im Zuge einer sich dramatisch verändernden Weltordnung auf die Demokratien zukommen, unter anderem in Form einer hybriden Kriegsführung, mit der die russische Führung seit Jahren die europäischen Demokratien zu destabilisieren sucht. Es sind aber ebenso Bedrohungen von innen – einerseits meine ich damit eine wachsende Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber der bürgerschaftlichen Teilnahme an der Politik, andererseits eine offen zur Schau gestellte Feindseligkeit gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat vonseiten derjenigen, die meinen, eine Demokratie gebe es nur dann, wenn ihr eigener Wille gelte und durchgesetzt werde. Weil das jedoch nicht der Fall ist und die liberale Demokratie eine Reihe von rechtlichen Beschränkungen des Volkswillens aufweist, erklären diese Menschen, die bestehende Ordnung sei überhaupt keine Demokratie und eine Demokratie habe man in Europa schon lange nicht mehr.

Gegen diesen doppelten Angriff muss sich die Demokratie verteidigen können, aber das hat Voraussetzungen, die zurzeit nicht oder nur teilweise gegeben sind. Dabei geht es weniger um rechtliche

Möglichkeiten und institutionelle Arrangements als um den entschiedenen Willen einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die demokratische Ordnung gegen ihre Feinde verteidigen zu wollen. Demgemäß steht die Gestalt engagierter Bürgerinnen und Bürger im Zentrum dieses Essays. An ihnen, ihrer Bereitschaft zum Engagement, ihrer Sachkompetenz und ihrer politischen Urteilskraft, entscheidet sich die Zukunft der Demokratie. Die zahllosen Herausforderungen, die sich bereits jetzt stellen und die in Zukunft noch bedrängender werden dürften, von der Resilienz gegenüber den sich mit großer Wahrscheinlichkeit häufenden Pandemien bis zur Begrenzung des Klimawandels und des Artensterbens, von der Bekämpfung des Hungers im globalen Süden bis zu den Kriegen an den Rändern Europas, werden sich in demokratischer Form nur bearbeiten lassen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung eines Landes aus Bürgerinnen und Bürgern besteht, die sich den bürgerschaftlichen Aufgaben auch stellen. Das heißt: Wenn die Demokratie als politische Ordnung so attraktiv ist, dass eine Mehrheit der Bevölkerung den Willen hat, nicht nur qua Personaldokumente, sondern im politikpartizipativen Sinn Bürgerin und Bürger zu sein. Die Demokratie der Zukunft ist auf das Vorhandensein möglichst vieler engagierter, sachlich kompetenter und urteilsfähiger Menschen angewiesen – oder aber sie hat keine Zukunft.

An den engagierten
Bürgerinnen
 und Bürgern,
ihrer Bereitschaft
zum Engagement,
ihrer Sachkompetenz
und ihrer politischen
 Urteilkraft,
entscheidet sich
 die Zukunft
 der Demokratie.

1 Wie es um die Demokratie bestellt ist

Die Zuversicht der 1990er Jahre, wonach der Demokratie die politische Zukunft gehöre und nur noch einige wenige Länder ihrer Demokratisierung Widerstand leisteten, ist schon seit längerem verfliegen.

Dass die Demokratie weltweit auf dem Rückzug ist, dass ihr Gefahr von innen heraus droht, ist eine Beobachtung der 2010er Jahre, die eng mit dem Aufkommen populistischer Bewegungen verbunden ist. Größere Teile der Bürgerschaft haben sich von der Demokratie abgewandt, entweder weil sie an der politischen Teilhabe – dem Unterscheidungsmerkmal der Demokratie gegenüber anderen Regierungsformen – desinteressiert sind oder gar behaupten, die bestehende Demokratie sei überhaupt keine »Herrschaft des Volkes«, wie der Name es eigentlich festlegt, sondern eine Oligarchie, in der einige wenige das Sagen hätten und »das Volk« belogen und betrogen werde.

Dass die Demokratie akut von außen bedroht ist, dass sie in einem unerbittlichen Konkurrenzkampf mit autoritär-technokratischen Systemen (etwa China) oder autoritär-autokratischen Regimen (Russland und weiteren) steht und sich dabei eher in der Defensive als in der Offensive befindet, ist eine Erkenntnis jüngerer Zeit. Diese Dynamik zeigte sich vor allem in den 2020er Jahren, seitdem China nicht mehr nur als Absatzmarkt für eigene Produkte und Lieferant billiger Waren, sondern als systemischer Konkurrent wahrgenommen wird und Russland als aggressiver Widerpart der demokratischen Ordnung auftritt, der seine Nachbarn mit militärischer Gewalt zu überziehen bereit ist – zumal dann, wenn es sich um Länder mit demokratischer Ordnung handelt. Sicherlich

kann man sagen, es sei eher ein Zeichen demokratischer Stärke als Schwäche, wenn sich die autokratische Führung im Kreml durch die Konsolidierung von Demokratien in ihrer Umgebung bedroht fühlt, doch wenn sie die demokratischen Pflänzchen in ihrer Nachbarschaft ausreißt, trägt die russische Politik – statistisch betrachtet – zum globalen Rückgang der Demokratie, zur »demokratischen Regression« bei.¹

Der demokratische Rechtsstaat ist in den 2020er Jahren also von zwei Seiten her bedroht: von außen und von innen, wobei sich die Gefahr von außen in unterschiedlicher Form manifestiert: durch das drohende und gewaltsame Agieren Russlands und durch die leise, aber raumgreifende Ausweitung der chinesischen Einflusszonen.

Bedrohung von außen: Russland und China

Nun wird man schwerlich behaupten können, Putins brutaler Überfall auf die Ukraine und die Spur der Verwüstung, die er dabei hinterlassen hat, habe zur gesteigerten Attraktivität autoritär-autokratischer Systeme in West- und Mitteleuropa beigetragen. Im Gegenteil: Zumindest kurzfristig hat der Ukraine-Krieg dazu geführt, dass die vordem zutiefst gespaltene Europäische Union sowie die an der Frage nach ihrem Sinn und Zweck laborierende NATO wieder zu leidlicher Geschlossenheit zurückgefunden haben und das Bewusstsein vom Wert einer freiheitlichen Ordnung in großen Teilen der europäischen Bevölkerung einen neuen Aufschwung erhalten hat. Andererseits hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine aber auch die dramatische

Verwundbarkeit des demokratischen Europa offengelegt. Erstens im Hinblick auf die dominierende Vorstellung, wonach die Ära der militärischen Macht zu Ende sei und künftig wirtschaftliche Macht und kulturell-zivilisatorische Attraktivität die Hauptrolle spielen würden.² Zweitens mit Blick auf die ausgeprägte Sorglosigkeit, die sich gerade in Demokratien hinsichtlich der unterstellten Friedfertigkeit autoritär-autokratischer Akteure breitgemacht hat, verbunden mit einem starken Widerwillen, alles, was dieser Annahme widerspricht, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Erst mit dem Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine wurde in der breiten Öffentlichkeit darüber diskutiert, dass Putins Russland schon seit Langem immer wieder zum Mittel militärischer Gewalt gegriffen hat: vom Zweiten Tschetschenienkrieg und den Ruinen Grosnys über den Krieg gegen Georgien im Jahre 2008 und die Annexion der Krim sowie die militärische Unterstützung der Separatisten im Donbas in 2014, sodann die massive Intervention in den syrischen Bürgerkrieg seit dem Jahre 2015 bis hin zum Einsatz der Söldnereinheit »Gruppe Wagner« in den innergesellschaftlichen Kriegen Nordafrikas.³

Die Gründe für das Ignorieren der militärisch aggressiven Politik Russlands im Westen, insbesondere in Europa, waren vielfältiger Art; beginnend bei einem forcierten Desinteresse an außen- und sicherheitspolitischen Fragen, wie es für Demokratien durchaus charakteristisch ist, über den Einwand, man könne Putin nicht zum Vorwurf machen, was der »Westen« selber tue - womit man westliche Militärinterventionen von Bosnien über den Irak bis nach Afghanistan meinte -, bis hin zu der Behauptung, Russlands militärisches Handeln sei auf das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion begrenzt und darum nicht eigentlich bedrohlich, sondern nur an der Wiederherstellung des früheren Herrschaftsraums der

Zaren oder Sowjets interessiert – womit dem aggressiven Auftreten Russlands eine gewisse Legitimität zugebilligt wurde. Seit der tiefgreifenden Zäsur vom 24. Februar 2022 – dem russischen Überfall auf die Ukraine – kann man dies grundlegend anders deuten: Die Interventionen des »Westens« waren entweder, wie die in Afghanistan, UN-mandatiert oder sie dienten, wie die in Bosnien und im Kosovo, der Beendigung eines Bürgerkrieges – der Irakkrieg der USA und einiger Verbündeter ist hier die große Ausnahme –, während sich derlei von Putins Kriegen schwerlich sagen lässt: Diese dienten und dienen der Aufrechterhaltung oder Ausweitung russischer Einflusszonen und haben insofern eine stark imperialistische Dimension, die sich hinter der Behauptung verbirgt, man agiere lediglich so wie die USA und deren Verbündete. Dass die westlichen Interventionen, jedenfalls überwiegend, der Verhinderung oder Beendigung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder der Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten dienten, geriet dabei ebenso in den Hintergrund wie der Umstand, dass die russischen Kriege gegen Demokratien geführt wurden, die dem Herrschaftswillen Putins im Weg standen – und dies gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung in den angegriffenen Staaten. Indem man das russische und das westliche Vorgehen gleichsetzte, entledigte man sich der Herausforderung, für die Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie in aller Welt Partei ergreifen zu müssen. Man versteckte sich hinter den Beschlüssen oder Nicht-Beschlüssen des UN-Weltsicherheitsrats und tat so, als sei man ein neutraler Zuschauer des Weltgeschehens, für den das Veto einer autoritär-autokratischen Macht politisch und moralisch dasselbe Gewicht hat wie die lange beratenen und mühsam

austarierten Beschlussvorlagen der demokratischen Staaten.

Zu dem für Demokratien charakteristischen Desinteresse an außen- und sicherheitspolitischen Fragen gehört auch das vorherrschende Ignorieren der seit mehr als einem Jahrzehnt von Russland betriebenen Politik einer systematischen Destruktion gegenüber EU und NATO. Diese Politik verfolgt durchweg das Ziel, die jeweiligen Mitgliedsstaaten gegeneinander auszuspielen oder gegeneinander aufzubringen, um deren Zusammenhalt zu schwächen und einzelne Mitgliedsländer aus dem Verbund von EU oder NATO herauszuberechnen – sei es nun durch gezielte und kampagnenförmig organisierte Desinformationen, sei es durch die finanzielle Unterstützung von Parteien und Initiativen, die gegen die Grundprinzipien des liberaldemokratischen Rechtsstaats Front machen. Man kann darüber streiten, wie groß der Anteil russischer Hacker am Wahlerfolg Trumps in den USA und der Beitrag verdeckter Kampagnen russischer Organisationen zum Brexit waren, aber es steht außer Frage, dass der Kreml in beiden Fällen auf den Ausgang demokratischer Entscheidungen Einfluss zu nehmen versuchte und dass sich die westlichen Demokratien dabei als ausgesprochen verwundbar erwiesen haben.⁴

Indem man
das russische und
das westliche
Vorgehen gleichsetzte,
entledigte
man sich der
Herausforderung,
für die Verteidigung
der Menschenrechte
und der Demokratie (...)
Partei ergreifen
zu müssen.